



Dr. Wilfried Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat

Herrn Stadtrat Karl Richter
Rathaus
Marienplatz 8
80313 München

26.04.2016

Kriminalität in Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO. Anfrage Nr. 14-20 / F 00501 von Herrn Stadtrat Karl Richter vom 25.01.2016, eingegangen am 25.01.2016

Az. D-HA II/V1 130-15-0023

Sehr geehrter Herr Stadtrat Richter,

Ihre Anfrage vom 25.01.2016 wurde im Auftrag von Herrn Oberbürgermeister Dieter Reiter in Federführung dem Kreisverwaltungsreferat zur Beantwortung zugeleitet.

„Über einen spektakulären Gewaltausbruch in der Bayernkaserne berichtete dieser Tage die Lokalpresse. Dabei wurde der Betriebsleiter der Einrichtung, ein Mitarbeiter der Inneren Mission München (IM), von 15 Asylbewerberinnen aus Nigeria bedrängt, genötigt und aufs heftigste körperlich angegriffen. Die Polizei musste die Situation bereinigen. Gegen vier der Nigerianerinnen wird wegen gefährlicher Körperverletzung ermittelt. - Gewalt in Asylantenheimen und „Flüchtlings“-Unterkünften ist offenbar kein Randthema mehr, sondern eine Folgeerscheinung des anhaltenden „Flüchtlings“-Zustroms, auch wenn Medien und Polizeidienststellen als Folge einer verinnerlichten political correctness nur in Ausnahmefällen zutreffend und vollständig berichten. Der frühere Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) spricht ausdrücklich von einem „Schweigekartell“ aus Politik, Polizei und Medien (wiedergegeben nach: <http://www.focus.de/politik/deutschland/politik-und-gesellschaft-das->

Ruppertstr. 19
80466 München
Telefon: 089 233-44000
Telefax: 089 233-44503

[schweige-kartell_id_5212427.html](#); zuletzt abgerufen: 25.01.2016, 01:43 Uhr; KR). Wie seit den Silvesterexzessen von Köln nach und nach durchsickerte, sind offenbar gerade „Flüchtlings“-Unterkünfte ein Schwerpunkt gewalttätiger Übergriffe. Das Nachrichtenmagazin „Focus“ berichtet mit Blick auf Nordrhein-Westfalen über „kriminelle Milieus in Asylbewerberunterkünften“ und schreibt: „Bis Herbst 2015 musste die Polizei zu knapp 3000 Einsätzen in Flüchtlingsunterkünften ausrücken. Seit August 2015 stieg das Aufkommen von 271 Einsätzen auf 869 im Oktober. Welche Straftaten dahintersteckten, verheimlicht NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) bis heute.“ (zit. nach: ebd.). Ähnlich sind die Gegebenheiten offenbar auch in Thüringen, wo es – laut „Focus“ - schon im Februar 2015 in einer internen Mail der Landespolizeidirektion Nordhausen hieß, daß bei „Einsätzen in den Unterkünften, die keine Außenwirkung erzielen, keine Pressemeldung gefertigt“ werden soll (ebd.) - Mit Blick auf die großflächige „Flüchtlings“-Infrastruktur und eine immer noch steigende Anzahl von Unterkünften in der bayerischen Landeshauptstadt drängen sich Fragen nach der Situation in München auf.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Zu dem im Einzelnen gestellten Fragen teilen wir Ihnen Folgendes mit:

Frage 1:

Allgemein: Wie entwickelte sich die Kriminalitätsbelastung in den Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften innerhalb der letzten zwei Jahre (also zwischen Jahresbeginn 2014 und Ende 2015) und insbesondere im zweiten Halbjahr 2015?

Frage 2:

Wie entwickelte sich die Zahl der Polizeieinsätze in den Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften im gleichen Zeitraum und insbesondere im zweiten Halbjahr 2015 (hier bitte Angaben für jeden Monat zwischen Juli und Dezember!)?

Frage 3:

Wie schlüsseln sich die in Münchner „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften im genannten Zeitraum angefallenen Straftaten nach Deliktsparten auf?

Antwort zu den Fragen 1 bis 3:

Der Landeshauptstadt München liegen hierzu keine eigenen Erkenntnisse vor. Die von Ihnen gestellten Fragen betreffen ausschließlich Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidiums München fallen. Mangels eigener Zuständigkeit des Kreisverwaltungsreferates kann eine Beantwortung Ihrer Fragen grundsätzlich nur durch das Polizeipräsidium München erfolgen. Das Polizeipräsidium München veröffentlicht jährlich einen Sicherheitsreport, der auch in öffentlicher Sitzung des Kreisverwaltungsausschusses bekannt gegeben wird. Der Sicherheitsreport 2015 wird voraussichtlich im Mai dieses Jahres veröffentlicht.

Frage 4:

Auch in Politikerkreisen wächst der Missmut über die wenig transparente Informationspolitik von Polizei und Behörden, was die Delinquenz von „Flüchtlings“- und das Kriminalitätsaufkommen in „Flüchtlings“- und Asylbewerberunterkünften angeht. So zitiert das Nachrichtenmagazin „Focus“ den früheren Bundesinnenminister Friedrich mit der Feststellung,

die „systematische Verschleierung“ schüre „genau das, was sie verhindern wolle: Unsicherheit in der Bevölkerung“. Und: „Dieser Umgang mit Meldungen belegt das Misstrauen der Behördenchefs gegenüber dem mündigen Bürger und öffnet Verschwörungstheorien Tür und Tor.“ (zit. nach: ebd.). Inwieweit beabsichtigt zumindest die LHM München, auf mehr Transparenz und eine offenere Informationspolitik des Münchner Polizeipräsidiums hinzuwirken, um das öffentliche Vertrauen in die von der Münchner Polizei veröffentlichten Informationen nicht zu erschüttern? Wenn nicht, warum nicht? Inwieweit vermag die LHM nachzuvollziehen, daß die Öffentlichkeit auch bei einem sensiblen Thema wie der Delinquenz von „Flüchtlingen“ und Asylbewerbern ein Recht auf ungefilterte, vollständige und wahrheitsgemäße Information geltend machen kann?

Antwort zu Frage 4:

Nach Kenntnis des Kreisverwaltungsreferates führt das Polizeipräsidium München täglich, außer samstags, eine Presserunde im Polizeipräsidium durch. Dabei wird objektiv über relevante Sachverhalte informiert.

Hierbei sind die Bestimmungen des Art. 4 des Bayerischen Pressegesetzes einzuhalten. Die Berichterstattung in laufenden Ermittlungsverfahren ist nur in Absprache mit der Staatsanwaltschaft zulässig, wobei die Persönlichkeitsrechte der Beteiligten zu wahren sind.

Ein Informationsrecht für die Presse besteht im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten unzweifelhaft auch bei sensiblen Themen. Seitens der Landeshauptstadt München bestehen keine Anhaltspunkte, die auf mangelnde Transparenz bzw. Offenheit in der Berichterstattung des Polizeipräsidiums München zu diesem Themenkomplex hinweisen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Blume-Beyerle
Berufsmäßiger Stadtrat